

Hat die politische Länderforschung im neuen Europa eine Zukunft? Über den Sinn der politischen Landeskunde im Zeitalter der Globalisierung

von Tomasz G. Pszczó³kowski, Warschau

I. Die Deutschland- und Europaforschung in Polen vor 1989

Die politische Landeskunde als ein Teilgebiet der *area studies* bzw. der Regionalforschung steht heute, angesichts des europäischen Integrationsprozesses, vor einer Reihe neuer Fragen, deren Beantwortung über die Zukunft der Länderforschung entscheiden wird. Die bis 1989 bestehende Spaltung Europas in zwei entgegengesetzte, ja feindliche sozioökonomische und politisch-militärische Blöcke rechtfertigte das Betreiben einer politischen Länderforschung, die eine Reihe von Zielen verfolgte, unter denen die Gewinnung von Erkenntnissen und deren Artikulation zur wahrscheinlichen und/oder prognostizierten Entwicklung von Staaten im Mittelpunkt standen. Dabei ging es in den von Kommunisten regierten Ländern weniger um die Objektivität der Darstellung gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Zustände im „Kapitalismus“ als vielmehr um Akzentuierung und im Grunde genommen erfolglose Ausspielung vor allem der Schattenseiten dieser Ordnung gegen den „real existierenden Sozialismus“. Die Aufdeckung der Schwächen des ideologischen Gegners diente in den ehemaligen Ostblockländern, darunter auch in Polen, überwiegend Propagandazwecken: Regimetreue Journalisten und Publizisten verfassten Artikel und Bücher und brachten im Radio und Fernsehen Beiträge, die den Westen als einen von kapitalistischen Ausbeutern, korrupten Politikern und Kriminalität beherrschten Weltteil darstellten. Das hindert allerdings manche der damaligen Deutschlandkorrespondenten nicht daran, heute in der Bundesrepublik zu arbeiten, wobei sie sich von Kritikern des Kapitalismus in seine Lobredner verwandelten. (Sie nutzten z.B. ihre langjährige Aufenthaltserlaubnis für einen weiteren, jetzt schon unbefristeten Aufenthalt in Deutschland, einer gründete sogar ein Medienunternehmen nach deutschem Recht usw.). Dass diese Propagandafunktion der Institutionen der Westforschung nur die eine, offizielle Seite der Auseinandersetzung mit dem westlichen Gegner bildete, ist klar. Die andere Seite blieb der breiten Öffentlichkeit verschlossen: Die kommunistischen Machthaber und ihre Handlanger waren tatsächlich an der Erforschung der Grundlagen, Strukturen und Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des sozialpolitischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft lebhaft interessiert. Das zeigte sich unter anderem darin, dass Texte von Klassikern des bürgerlichen Ideenguts, hauptsächlich des Liberalismus, wie J. S. Mill, A. de Tocqueville, B. Constant, J. E. Acton als auch moderner Denker wie F. A. von Hayek, M. Friedman, Karl Popper, J. Galbraith, W. Lippmann, W. Röpke ins Pol-

nische übersetzt und in kleinen Auflagen für den Gebrauch für hohe Partei- und Staatsfunktionäre gedruckt wurden. Es gibt eine ganze Bibliothek solcher für einen kleinen Kreis der kommunistischen Elite bestimmter Übersetzungen. Die dem Staats- und Parteiapparat untergeordneten Stellen gehörten auch zu den Abnehmern der im Exil und im Untergrund erscheinenden Zeitschriften und Bücher. Darüber hinaus erschienen in offiziellen Verlagen in niedrigen Auflagen Fachbücher zur Theorie des Liberalismus und Konservatismus, die zwar den dargestellten Ideen gegenüber kritisch sein mußten, aber eben durch diese Kritik auf die unterschiedlichen Positionen der Denker des bürgerlichen Ideenguts und der marxistisch-leninistischen Ideologie hinwiesen. Ein kritischer Leser konnte durch diese Fachbücher sich ein relativ objektives Bild vom Wesen der analysierten Denker machen. Geschlossene Filmvorstellungen, in denen herausragende, aber mit der offiziellen politischen Linie nicht zu vereinbarende Werke der Filmkunst ausgewählten Vertretern des Establishments gezeigt wurden, ergänzen dieses Bild einer besser informierten, wenngleich dadurch keineswegs aufgeschlossenen Elite. Inwieweit dieses ihr Informiertsein den Regierungsstil der Machthaber korrigierte, entzieht sich der Kenntnis eines unbeteiligten Beobachters der damaligen Führungsschicht. Auf jeden Fall sollte man sie nicht für dumm und ungebildet halten – von einigen bekannten Ausnahmen einmal abgesehen, waren sie doch mitunter Gegenstand von damals in der Öffentlichkeit kursierenden Witzen.

Die Westforschung in Polen vor 1989

In Polen bestanden die Aufgaben der damaligen Zentren der Deutschlandforschung, unter anderem des West-Instituts Posen, des Schlesischen Instituts in Oppeln, des Schlesischen Wissenschaftlichen Instituts in Kattowitz, und der Europaforschung bzw. breiter – der Kapitalismusforschung, wie des Instituts für Erforschung von Gegenwartsproblemen des Kapitalismus beim PVAP-eigenen Medienkonzern RSW Prasa – Książka – Ruch, des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (einer vom Außenministerium getragenen Institution) und von Einrichtungen des Innenministeriums (Akademie für Innere Angelegenheiten, einer Hochschule für Angehörige der Sicherheitsorgane) und des Verteidigungsministeriums (Akademie des Generalstabs der Polnischen Armee), die hier nur kurz erwähnt werden können – vor allem in der Erforschung von realen Problemen der Theorie und des Funktionierens der westlichen Staaten. Die vor 1989 erschienenen Publikationen zeigen die Vielfalt der Interessen der Wissenschaftler und indirekt auch der Politiker an

diesen Problemen. Es wäre ein schier unmögliches Unterfangen, eine Liste der Publikationen zur Deutschland- und Europaforschung aufstellen zu wollen. Sie würde mehrere Tausend Bücher und unzählige Artikel umfassen. Die einzige Bibliographie der polnischen wissenschaftlichen Literatur und Publizistik zur Deutschlandforschung (Niemcy w polskiej literaturze naukowej i publicystyce 1989-1996 in der wissenschaftlichen Redaktion von Witold M. Góralski, Warszawa 1997) verzeichnet allein für den genannten Zeitraum 751 Bücher sowie 4500 Aufsätze und Beiträge. Dass diese Interessen in Polen im Vergleich zu anderen Ostblockländern viel breiter waren und im Grunde alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens umfassten, zeugt m. E. nicht nur von der Aufgeschlossenheit der polnischen Forscher gegenüber dem Westen, sondern auch von einer relativ hohen Freiheit der Forschung, wenngleich die Freiheit der Lehre höchstens in Hochschulen des Machtapparats, etwa in den dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium unterstellten Einheiten sowie in der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften, d.h. der Parteihochschule der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) in ideologierelevantem, beschränktem Maße zugelassen war. Der Spruch von Polen als der „lustigsten Baracke“ im östlichen Lager findet denn auch in dieser relativen Freiheit der Forschung seine Begründung.

II. Akzentverschiebung der Deutschland- und Europaforschung in Polen und der deutschen Osteuropaforschung nach 1989

Wenn es nun um die Zukunft der Deutschland- und Europaforschung in Polen geht, so scheint mir, dass hierbei andere Akzente gesetzt werden müssen. Abgesehen davon, dass nach 1989 neue, bis dahin tabuisierte Themen speziell in den deutsch-polnischen Beziehungen behandelt wurden (etwa die Vertreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten nach 1945, die Problematik der deutschen Minderheit im Nachkriegspolen u.a.), steht die polnische Deutschlandforschung vor der Aufgabe, der europäischen Einbindung Deutschlands und der Europapolitik der EU überhaupt mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Aufgabe wird derzeit sowohl von den zuständigen staatlichen Stellen (etwa dem Komitee für Europäische Integration) als auch von mehreren wissenschaftlichen Institutionen wahrgenommen. Auch die deutsche Osteuropaforschung wird ihre Perspektive ändern müssen: Institutionen der Osteuropaforschung in der Bundesrepublik werden, wenn ich es recht sehe, ihr Forschungsinteresse nicht mehr vordergründig in Kategorien der Nationalstaaten, sondern zunächst mit verstärktem Interesse an der Regionalpolitik, speziell an der Region Osteuropa, realisieren müssen.

Zukünftige polnische Oststudien

Bald wird in Polen auch ein neues, bis dahin brach liegendes Forschungsfeld erschlossen werden, auf dem sich eine neue Zusammenarbeit mit der deutschen Ostforschung

anbietet: Es handelt sich um die polnischen Oststudien, womit in erster Linie die Erforschung von Problemen Russlands und der GUS-Länder gemeint ist. Im Zuge der Integration Polens in die westeuropäischen Strukturen, spätestens aber mit der Aufnahme Polens in die Europäische Union, wird dieses Land aufhören, Gegenstand der politischen Landeskunde im traditionellen Sinne dieses Begriffes zu sein. Damit wird die deutsche Osteuropaforschung auf einige ihrer Aufgaben, die mit der politischen Landeskunde zu tun haben, verzichten können, d.h. auf die Beschreibung von Wesen und Funktionsweise des polnischen Staates sowie seines politischen und sozialökonomischen Systems. Mehr Aufmerksamkeit werden die Forscher praktischen Problemen der Einbeziehung Polens in die EU widmen müssen, zumal die Mitgliedsstaaten der EU auf einen Teil ihrer Souveränität werden verzichten müssen. Ein Europa ohne Grenzen und mit einem freien Personen- und Güterverkehr wird eine neue Herausforderung für die nationale Identitätsauffassung der europäischen Völker, darunter auch der Polen, darstellen. Die Angst der Polen vor dem „Ausverkauf ihres Landes“ wird sich von einer potentiellen Möglichkeit in eine Realität verwandeln, wenn deutsche Bürger auf Grund ihrer ökonomischen und finanziellen Überlegenheit Grundstücke und Häuser in Polen kaufen werden. Nur eine längere Übergangszeit und administrative Schranken werden diese Angst der Polen mildern, was allerdings nicht heißt, dass sie den Menschen überhaupt genommen werden wird. Aus dieser Überlegung erwächst eine neue Aufgabe der Osteuropaforschung, die keine Länderforschung mehr, sondern verstärkt eine neue Art von Regionalforschung sein wird, an der Lösung fundamentaler Probleme der osteuropäischen Region als eines Teils des vereinigten Europas zu arbeiten. Zu diesen Problemen gehören nicht nur die Suche nach praktischen Lösungen der Frage der Ungleichmäßigkeit der sozioökonomischen Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern, sondern – was m.E. viel wichtiger und schwieriger ist – vor allem der Ausgleich der Disproportionen im kulturell-zivilisatorischen Bereich. Hierzu gehören in erster Linie Maßnahmen zur Beseitigung der mentalen Barrieren beim Prozess der Integration Polens in die EU: sowohl durch eine breit angelegte Aufklärung der Bevölkerung über den Sinn der Integration, die aber nicht in eine „hurra-europäische“ Indoktrination ausarten darf, als auch durch eine redliche Darstellung der Licht- und Schattenseiten der Integration. Die Bevölkerung ganz Osteuropas ist sich der faktischen kulturell-zivilisatorischen Überlegenheit der westeuropäischen Gesellschaften bewusst. Deshalb müssen ihr klare Perspektiven und ein Zeitplan der Anpassung und des Anschlusses an die westlichen Kultur- und Zivilisationsstandards abgesteckt werden.

Die neue, regional und nicht nationalstaatlich orientierte Osteuropaforschung wird sich folglich nicht nur der Beschreibung von politischen, sozioökonomischen, kulturellen Phänomenen, sondern auch verstärkt einem europäischen Kulturvergleich widmen müssen. Erst durch die Darstellung der Ursachen und des Wesens der unterschied-

lichen kulturellen Entwicklung von Ländern West- und Osteuropas können Schlussfolgerungen gezogen werden, die für die praktische Überwindung der besagten Disproportionen in den einzelnen Ländern der künftig erweiterten EU relevant sind.

Als Fazit dieser notgedrungen skizzenhaften Betrachtungen sei mir erlaubt, ein allgemeines Postulat zu formulieren: Möge die Osteuropaforschung im Zeitalter der Globalisierung sich aus ihrer nationalstaatlichen Einschränkung so bald wie möglich befreien. In einem sich integrierenden Europa ist eine europäische Gesamtschau

der europäischen Probleme nötiger denn je. Und vor diesem Hintergrund hat eine Teilung des Kontinents in Länder – wenn auch heute noch im Hinblick auf den unterschiedlichen Lebensstandard in West- und Osteuropa verständlich – und somit auch die politische Länderforschung perspektivisch keine Zukunft.

Prof. Dr. Tomasz G. Pszczó³kowski ist außerordentlicher Professor am Institut für Germanistik der Universität Warschau und leitet dort die Abteilung für Kulturkunde der deutschsprachigen Länder.